

DSTG *magazin* 1/2

Gewerkschaftsorgan der
Deutschen Steuer-Gewerkschaft
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Januar/Februar 2002
51. Jahrgang



Von links nach rechts: DSTG-Chef Dieter Ondracek, Stellvertreter Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion Joachim Poß, Sprecher der SPD-AG Finanzen Jörg-Otto Spiller, Bundesgeschäftsführer Rafael Zender bei der Erörterung von Handlungsbedarf im Hinblick auf die Bekämpfung von Steuerhinterziehung.

**Mit „europäischer Finanzpolizei“
gegen internationalen Terror**

**Neuer Stützpunkt des Bundesamtes
für Finanzen in Saarlouis**

**Heinrich Aller: „Gemeinsame Interessen
gemeinsam vertreten“**



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im ersten Magazin des Jahres 2002 darf ich Ihnen zuallererst alles Gute für den Jahresverlauf wünschen. Das Jahr 2002 ist ein Wahljahr. Die Kandidatenfrage in der Union ist geklärt. Der Bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber wird den amtierenden Bundeskanzler Gerhard Schröder herausfordern. Wir werden sicher einen heftigen Wahlkampf erleben, der hoffentlich argumentativ geführt und nicht von böswilligen Schuldzuweisungen geprägt sein wird. Wir als DSTG werden die Diskussionen und Argumente aufmerksam verfolgen und zeitnah vor den Wahlen die für uns wichtigen Punkte herausstellen. Die Steuerpolitik wird wieder ein wichtiges Thema werden.

Zum Jahresende 2001 hin wurde trotz aller intensiven Einflussnahme und trotz aller Proteste das Versorgungsänderungsgesetz für den öffentlichen Dienst verabschiedet. Auch der Bundesrat hat das Vorhaben nicht gestoppt, sondern in seiner Sitzung am 20. Dezember 2001 ohne Debatte mehrheitlich abgesegnet. Die Anträge Bayerns und Baden-Württembergs wurden mehrheitlich abgelehnt. Als Beobachter hatte man den Eindruck, dass die Zustimmung ein im Vorfeld abgekartetes Spiel war. Kein Landesvertreter sprach gegen das Vorhaben.

Dennoch konnten wir im Versorgungsbereich schlimmere Dinge verhindern. Aber insgesamt gesehen ist dennoch eine Verschlechterung eingetreten. Nachdem die Politik immer wieder darauf beharrte, dass nach der Rentenverschlechterung an einer Verschlechterung der Beamtenpensionen kein Weg vorbei führe, konnten wir immerhin sicherstellen, dass die steuerliche Förderung einer Zusatzrente auch für die Beamten und Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst greift. Damit diese Zusatzrente aber so günstig ausfällt, wie es irgendwie machbar ist, hat der Deutsche Beamtenbund beschlossen, ein eigenes Versorgungswerk einzurichten, das zusammen mit einem Versicherungskonsortium ein Produkt bietet, das günstigere Konditionen hat, als alles, was sonst auf dem Markt angeboten wird. Ich darf daher allen

Kolleginnen und Kollegen, die eine Zusatzrente aufbauen und die „Riester“-Förderung nutzen wollen, raten abzuwarten und unser Produkt genau zu prüfen.

Bei meinen Ämterbesuchen höre ich immer wieder die massiven Klagen, dass die Arbeitsmengen im Innendienst nicht mehr zu bewältigen seien. In allen Ländern und Bezirken werde mehr oder weniger klar die Devise ausgegeben, noch mehr Angaben ungeprüft zu übernehmen. Viele der Kolleginnen und Kollegen haben aber persönlich Probleme, Erklärungen ungeprüft zu akzeptieren, weil sie wissen, dass dadurch viel Geld verloren geht. Dennoch bleibt ihnen keine Alternative übrig, wenn sie sich gesundheitlich nicht kaputt machen wollen. Nachdem kein Finanzminister bereit ist, mehr Personal zur Verfügung zu stellen, bleibt als Notwehraktion nur das „Abschreiben“, so zu ordnen und zu organisieren, dass möglichst wenig der rechtlich gebotenen Steuereinnahmen verloren gehen.

Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat in seinem Jahresbericht 2001 unter Hinweis auf eine Querschnittsuntersuchung bei den Finanzämtern des Freistaats über die Neuregelung der Arbeitsweise in den Veranlagungsstellen ganz erhebliche Mängel erkannt. Die vom BORH beanstandeten Fehler bei der Bearbeitung der Steuerfälle sind eine Folge des sich ständig verstärkenden Arbeitsdrucks, der in der nicht endenden Flut neuer Steuergesetze und den Personalkürzungen bei den Finanzämtern begründet liegt. Der Rechnungshof fordert ganz ausdrücklich, den Innendienst personell nicht weiter zu schwächen und mit Personalmaßnahmen gegenzusteuern. Er drückt sich allerdings um die konsequente Aussage, dass dies nur durch die Schaffung von neuen Planstellen möglich wird. Bisher hatte der Rechnungshof nämlich stets lediglich eine zu schwache Besetzung im Außendienst angemahnt. Die Außendienste sind durch Umsetzung von Innendienstbeamten in den Außendienst etwas verstärkt worden. Sie sind aber immer noch nicht ausreichend besetzt. Nun fordert der Rechnungshof durch Personalmaßnahmen den Innendienst zu verstärken. Dieser Zick-Zack-Kurs des Bayerischen Obersten Rechnungshofs macht das Dilemma deutlich, das die DSTG seit Jahren anmahnt. Die Personaldecke ist zu kurz. Die Steuerverwaltung muss in der politischen Prioritätenliste höher eingestuft werden. Das allein hilft zur Problemlösung.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr
Dieter Ondracek

IMPRESSUM: Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (030) 20 62 56-600, Telefax (030) 20 62 56-6 01, Internet: www.dstg-verlag.de, E-Mail: dstg-bund@t-online.de. Verantwortlich: Dieter Ondracek, Rafael Zender. Verlag: Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (030) 20 62 56-6 50, Telefax (030) 20 62 56-6 01, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. Fotos: DSTG-Archiv, Fiegel. Anzeigenverwaltung DSTG Magazin: Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (030) 20 62 56-6 50, Telefax (030) 20 62 56-6 01, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. Anzeigenpreisliste Nr. 22 gültig ab 1. Januar 2001. Nachdruck honorarfrei gestattet. Gestaltung: Marian Neugebauer. Bezugsbedingungen: Das DSTG-Magazin erscheint zehnmal jährlich. Der Bezugspreis ist durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG-Magazin regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und ein Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar.

HERAUSGEBER DER DBB-SEITEN: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, ☎ (030) 40 81-40, Telefax (030) 40 81-55 98. Internet: www.dbb.de. E-Mail: magazin@dbb.de. Chefredaktion: Dr. Walter Schmitz, Rüdiger von Woikowsky; Redaktion: Jan Brenner, Britta Müller, Siegfried Speichert, Dr. Frank Zitzka; Redaktionssekretärin: Sabrina Bruns. Redaktionsschluss am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. Gestaltung: Marian Neugebauer. Fotos: DAS FOTO, Fiegel, Groß, MEV, Müller, Neugebauer, Prange. Verlag: DBB Verlag GmbH. Verlagsort und Bestellanschrift: Reinhardtstr. 29, 10117 Berlin, Telefon (030) 7 26 19 17-0, Postbank: Köln 2017 04-503. Versandort: Düsseldorf. Herstellung und Anzeigen: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Internet www.vva.de, E-Mail info@vva.de. Anzeigenleitung: Ulrike Niggemann. Anzeigenverkauf: Ralf Zawatzky, Tel. (02 11) 73 57-8 66, Telefax (02 11) 73 57-5 07. Anzeigentarif Nr. 43 (DBB Magazin). Druckauflage: 632.615 Exemplare (IVW 2/2001). Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. ISSN 0178-207X

DSTG

| | |
|--------------------------------------------------------------------|----|
| Mit „europäischer Finanzpolizei“ gegen internationalen Terror | 4 |
| Neuer Stützpunkt für BfF in Saarlouis | 4 |
| „Gemeinsame Interessen gemeinsam vertreten“ | 5 |
| Neujahrsempfang des Bundespräsidenten | 6 |
| Gesetze und Vollzug müssen deckungsgleich werden | 8 |
| „Tarifhase“ Becker feiert 80. Geburtstag | 9 |
| Ortsverbände nutzen die Präsenz der DSTG in Berlin zur Information | 10 |
| UFE mit mehr Mitgliedern und höherer Schlagkraft | 11 |
| DSTG überzeugt bei Personalrat an der Saar | 12 |
| Nach Gesetzgebungsrekord wächst der Arbeitsdruck | 14 |
| BHW und DBV-Winterthur kooperieren beim Bausparen | 15 |
| Tauschcke | 15 |

dbb

| | |
|---------------------------------------------------------|-------|
| dbb forum berlin: | |
| Glänzende Eröffnung ... | 18 |
| Bildungsmesse 2002 | 19 |
| Erste Sitzung im dbb forum berlin | 20 |
| dbb akademie | 21 |
| Modernisierung der Besoldungsstruktur | 22 |
| Bundesbankgesetz – Bedenkliche personelle Konsequenzen | 22 |
| Festgezurr | 23 |
| Bad Kissingen 2002 | 24–26 |
| Aktuell: Beamtenversorgung | 29 |
| Jugend im dbb | 30 |
| Im Brennpunkt | 32–33 |
| EU aktuell | 37 |
| Frauen im dbb | 40 |
| Senioren im dbb | 41 |
| Tarifpolitik 2002 | 42 |
| dbb und BMF zum Jahreswirtschaftsbericht | 45 |
| Im Interview: | |
| Bernhard Jagoda, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit | 46–47 |

Mit „europäischer Finanzpolizei“ gegen internationalen Terror

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 erhält die Bekämpfung von Finanztransaktionen mit krimineller Herkunft, insbesondere von Geldwäsche, einen noch höheren Stellenwert in der politischen Diskussion. Zur Verbesserung der Handlungsfähigkeit des Staates bei der Bekämpfung von Geldwäsche und von organisierter Kriminalität gehört eine stärkere Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Das Delikt Steuerhinterziehung und die Geldwäsche stehen häufig in einem engen Zusammenhang. Wich-

tig ist, gesetzliche Defizite auszuräumen und denkbare Verbesserungen zu diskutieren. Mit diesem Ziel trafen der Stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Joachim Poß und der Sprecher der SPD-AG Finanzen, Jörg-Otto Spiller mit DSTG-Chef Dieter Ondracek und Bundesgeschäftsführer Rafael Zender zusammen. Ondracek erläuterte, warum eine Bundesumsatzsteuerprüfung nicht den beabsichtigten Erfolg habe. Einigkeit bestand darüber, dass der verstärkte Ausbau eines Informationsverbundes dringend notwendig

sei, um Umsatzsteuerbetrügereien zu bekämpfen. Ebenso geschlossen sprach man sich dafür aus, eine europäische Finanzpolizei zu installieren. In diesem Zusammenhang wurde naturgemäß die Leistungsfähigkeit von „OLAF“ diskutiert, insbesondere was an Leistungsprofil auf Papier stehe und was angesichts der gerade im Umsatzsteuerbereich personell dürftigen Ausstattung mit dem Instrumentarium erbracht werden könne. Weitere Gesprächsthemen waren die Zinsbesteuerung und die Erfassung der Spekulations-

gewinne. So erläuterte Ondracek die niedersächsischen Aktionen zur Erfassung der Spekulationsgewinne. Dankbar waren die SPD-Politiker für die praktischen Hinweise zu Problemen der Umsetzbarkeit von Steuergesetzen. Die SPD-Politiker griffen den Hinweis des Bundesvorsitzenden auf, dass die Freistellungsbescheinigungen für das Baugewerbe nicht fälschungssicher seien. Firmen mit entsprechender krimineller Energie könnten sich also weiterhin der Besteuerung entziehen.

Spiller und Poß kündigten an, die erkennbaren Probleme in einer fachlichen Diskussion mit den Bundestagsabgeordneten der SPD unter Beteiligung der DSTG zu vertiefen.

Neuer Stützpunkt für BfF in Saarlouis

Der Präsident des Bundesamts für Finanzen, Jochen Wendelstorf, hatte den Bundesvorsitzenden der DSTG, Dieter Ondracek, zu einer Einweihungsfeier in die neuen Räume der Außenstelle in Saarlouis eingeladen.

An der Feierstunde nahmen zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens teil. Präsident Wendelstorf konnte den Bundestagsabgeordneten Hans-Georg Wagner von der SPD und den Landtagsabgeordneten Jungmann von der CDU willkommen heißen. Wendelstorf erläuterte die Geschichte der Außenstelle in Saarlouis, die zunächst als Provisorium gedacht war und dementsprechend auch schlecht untergebracht wurde. Nachdem das als Übergangsmodell gedachte Bestimmungslandprinzip offenbar langen Bestand habe, werde auch die in Saarlouis anfallende Arbeit dort auf Dauer erledigt werden müssen. Aus diesem Grund war es zwingend erforderlich, der Dienststelle in Saarlouis neue,

funktionsgerechte Räume zur Verfügung zu stellen. In einem funktionellen Bau in der Nähe des Bahnhofs Saarlouis hätten die Kolleginnen und Kollegen nun zufrieden stellende Arbeitsplätze. Wendelstorf führte aus, dass die Außenstel-

le mit derzeit 130 Beschäftigten tätig sei. Die Aufgaben umfassten alles, was mit dem Umsatzsteuerkontrollverfahren im Binnenmarkt zusammenhänge. Es sei die Vergabe der inländischen Umsatzsteueridentifikationsnummern, die Außenstelle bestätige auf Anfrage die entsprechenden in- und ausländischen Identifikationsnummern. Hier seien monatlich etwa 50 000 Anfra-

gen zu bewältigen, die zum großen Teil über ein Call-Center abgewickelt werden. Zu bearbeiten seien die zusammenfassenden Meldungen, der Abgleich der Daten mit den Finanzamtsdaten, der Abgleich der Vorsteuer, die Bearbeitung von Einzelauskunftsersuchen, die Auswertung von Amtshilfsersuchen, die Hilfestellung im Rahmen von Umsatzsteuer-sonderprüfungen u. a. An der



Von links nach rechts: Georg Jungmann, CDU, Mitglied des saarländischen Landtags und früherer BDZ-Bezirksvorsitzender; Herr Gantner, PR-Mitglied; Dieter Ondracek, DSTG-Bundesvorsitzender; Jochen Wendelstorf, Präsident BfF; Christiane Gattner, PR-Vorsitzende; Ulrich Wulf, Referatsleiter im BMF; Gabriele Hahn, Vizepräsidentin im Bundesamt für Finanzen.



Hans Georg Wagner (links), MdB Vorsitzender der Arbeitsgruppe Haushalt der SPD-Fraktion im Gespräch mit dem Präsidenten des Bundesamts für Finanzen Jochen Wendelstorf (rechts).

Feierstunde nahmen die Beschäftigten der Außenstelle Saarlouis, der zuständige Abteilungsleiter im BMF, Herr Wulf, die Vizepräsidentin des

BfF Frau Dr. Hahn und der gesamte Personalrat des BfF unter der Führung der Vorsitzenden Christiane Gattner teil. Spezielle Einzelfragen, die sich

im Bundesamt für Finanzen im Zusammenhang mit der Neugliederung stellen, wurden bei einem Besuch von Personalratsmitgliedern des BfF in der DSTG-Bundesgeschäftsstelle in Berlin erörtert. Das Amt wird neu gegliedert in einen Bereich Steuern und einen Bereich zentraler Dienst. In den Abteilungen Steuern und Betriebsprüfung sind alle Bereiche zusammengefasst, die mit Steuern zu tun haben. Dazu gehören insbesondere die neuen steuerlichen Aufgaben

- wie die Bekämpfung von Steuerbetrugsfällen;
- zentrale Datenbank zur Entwicklung von Risikoprofilen;
- IT-gestützte Internetrecherchen;
- Unterstützung der Umsatzsteuersonderprüfungen der Länder;

- länderübergreifende Koordinierung im Zusammenhang mit den so genannten Karusselgeschäften;
- die Errichtung eines steuerlichen Informationszentrums;
- die Fortentwicklung des steuerlichen Informationsdienstes;
- die Errichtung einer steuerlichen Fachaufsicht über die Durchführung des Altersvermögensgesetzes sowie
- die Optimierung der steuerlichen Fachaufsicht im Bereich des Familienleistungsausgleichs.

Im Bereich der Abteilung Steuer ist der größte Teil der DSTG-Mitglieder im BfF tätig, so dass sich diese Abteilung der besonderen „Fürsorge“ der Deutschen Steuer-Gewerkschaft sicher sein kann.

„Gemeinsame Interessen gemeinsam vertreten“

von Heinrich Aller, Niedersächsischer Finanzminister

Es gibt eine Reihe gemeinsamer Interessen von Steuerpolitik und Steuerverwaltung, die Politik und Verwaltung auch gemeinsam vertreten können und sollten. Dies ist aus meiner Sicht das wichtigste Ergebnis eines sehr offenen und konstruktiven Gesprächs, dass der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Dieter Ondracek, und ich über die aktuellen und kommenden Herausforderungen der Steuerpolitik geführt haben. Drei solcher Themen, die im Mittelpunkt unseres Gesprächs standen, sind die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs, die Änderung des so genannten Bankgeheimnisses und die Gesetzesflut, die die Arbeit der Steuerverwaltung erschwert.

Bankgeheimnis

Nach den Anschlägen vom 11. September war die Diskussion um die Abschaffung bzw. Einschränkung des sog. Bankgeheimnisses (§ 30 a AO) ein wesentlicher Punkt des Gesprächs. Wir sind uns darin einig, dass die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität vor allen Dingen durch konsequente Verfolgung und Austrocknung der Finanzströme erreichbar ist. Wie die Erfahrungen der Steuerfahndung gezeigt haben, können durch einfache Namensabgleiche tatsächliche Inhaber den Konten gerade in den kritischen Fällen nicht zugeordnet werden. Nur durch Abgleich von Geldbewegungen lassen sich

aber Rückschlüsse auf Herkunft und Verwendung von Finanzierungsmitteln – also auch auf die Finanzierung terroristischer Aktivitäten – ziehen. Es müssen daher Kontrollmöglichkeiten bei Banken auch ohne Vorliegen von Verdachtsmomenten geschaffen werden. Insoweit ist die Einbeziehung der Steuerverwaltung – insbesondere der Steuerfahndung und der Außenprüfung – unverzichtbar, denn welche andere Stelle kann so präzise Verdachtsmomente in Geldflüssen aufdecken und hat in ähnlicher Weise Hintergrundwissen in der Praxis erworben? Dies setzt jedoch die Aufhebung bzw. hinreichende Einschränkung des Bankgeheimnisses voraus. Hierdurch würde gleichzeitig ein Beitrag zu größerer Steuergerechtigkeit geleistet.

Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs

Der Sicherung des Umsatzsteueraufkommens kommt für die Haushalte eine besondere



Bei Bankgeheimnis und Steuerbetrug an einem Strang ziehen Niedersachsens Finanzminister Heinrich Aller (links) und DSTG-Bundesvorsitzender Dieter Ondracek.

Bedeutung zu, denn die Umsatzsteuer ist für Bund, Länder und Gemeinden die bedeutendste Steuerquelle. So belief sich das Umsatzsteueraufkommen im Jahr 2000 auf 275,5 Mrd. DM - also etwa 30% der gesamten Steuereinnahmen. Die Umsatzsteuer unterliegt systembedingt einer gewissen Betrugsanfälligkeit. Diese ergibt sich aus dem Institut des Vorsteuerabzugs, aufgrund dessen direkte Erstattungsan-

sprüche von Steuerpflichtigen gegen den Fiskus darstellbar und nicht ungewöhnlich sind.

Den mit der Einführung des Europäischen Binnenmarktes verbundenen Wegfall der Grenzkontrollen sowie der damit verbundenen Hilfeleistung des Zolls bei der Besteuerung machen sich in den letzten Jahren europaweit verstärkt Kriminelle zunutze, um insbesondere mittels grenzüberschreitender sog. Karussellgeschäfte mit meist hochwertiger Ware unberechtigte Vorsteuererstattungen zu erlangen. Der aus diesem Umsatzsteuerbetrug resultierende Schaden wird allein für Deutschland auf einen zweistelligen Milliardenbetrag geschätzt. Davon betroffen ist zum einen der Fiskus und damit die Gesamtheit der Steuerzahler. Betroffen sind zum anderen aber auch die Unternehmen, die im Wettbewerb angesichts von Konkurrenzprodukten, deren Preis durch den Umsatzsteuerbetrug künstlich gesenkt wurde, nicht bestehen können.

In den vergangenen Jahren hat die Finanzverwaltung eine Vielzahl organisatorischer und personeller Maßnahmen zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs ergriffen. So wurden die zentrale Datei für Betrugsfälle (ZAUBER) eingerichtet und neue Methoden der Risikoanalyse eingeführt. Die Umsatzsteuer-Sonderprüfung in Niedersachsen wurde personell deutlich aufgestockt, durch eine optimierte Organisation verstärkt und technisch besser ausgestattet. Im Rahmen der bundesweiten Arbeitseinheit Umsatzsteuerprüfung wurde auch eine niedersächsische Zentralstelle eingerichtet. Ein weiteres Element der Betrugsbekämpfung im Bereich der Umsatzsteuer stellt das Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz (StVBG) dar, das sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren befindet. Es schafft u.a. für Fälle des Umsatzsteuerbetrugs neue Haftungstatbestände und dient der Stärkung der Verwaltungszusammenarbeit.

Gesetzesvorhaben des Bundes – Gesetzesflut

Zur Sprache kam das Problem, dass die Bediensteten der Finanzverwaltung, insbesondere in den Finanzämtern wie schon in der Vergangenheit auch in jüngerer Zeit unvermindert mit einer Flut von Gesetzesänderungen im Steuerrecht geradezu überschüttet worden sind. Zu nennen sind hier neben weiteren Änderungsgesetzen insbesondere das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002, das Steuerbereinigungsgesetz 1999, das Steuersenkungsgesetz mit der Umstellung des Körperschaftsteuersystems vom Anrechnungsverfahren auf das Halbeinkünfteverfahren, das Altersvermögensgesetz und das Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe, die allesamt äußerst arbeitsintensiv für die Rechtsanwender, allerdings im Hinblick auf die ständig fortschreitende wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung notwendig gewesen sind. Und auch – ganz aktuell – das Unternehmensteuerfortentwicklungsgesetz, das Steueränderungsgesetz 2001 und das Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz für den Bereich der Umsatzsteuer werden leider wieder eine Fülle von Rechtsänderungen mit sich bringen, die jedoch sachlich unabweisbar sind, so dass ich für die entsprechende Arbeitsbelastung nur um Verständnis bitten kann.

Dennoch: Mit der zunehmenden Komplizierung des Steuerrechts ist keinem gedient, die Gesetzesflut muss deutlich eingedämmt werden. Aber ist zu befürchten, dass es in absehbarer Zeit zu weiteren Rechtsänderungen kommen wird. So steht nach Verabschiedung der zur Zeit beratenen Gesetze eine weitere Stufe zur Fortentwicklung der Unternehmensbesteuerung an, deren Vorbereitung in diesem Jahr in Angriff genommen werden soll.

Neujahrsempfang des Bundespräsidenten

Zu Jahresbeginn empfängt der Bundespräsident Johannes Rau ausgewählte Vertreter des öffentlichen Lebens. Zu dem Neujahrsempfang am 9. Januar 2002 war erstmals auch der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek eingeladen. Zu dem Kreis der Gäste zählten Repräsentanten der Bundeshauptstadt Berlin und Bundeshauptstadt Bonn, Vertreter der Presse, Mitarbeiter der Sicherheitsorgane, Vertreter der Kirchen, Vertreter der kommunalen Verbände und Kommunen, eine Gruppe von Bürgern aus dem sozialen Bereich, Vertreter von ausländischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Vertreter der freien Berufe und Berufskammern, Vertreter von Wohlfahrts-, Umweltschutz-

andere Amtsinhaber in den multilateralen Institutionen, die Parteivorsitzenden, das komplette Bundeskabinett, das Verfassungsgericht, der Bundesrat, die Regierungschefs der Länder, die Repräsentanten des Deutschen Bundestags. Dabei ist als Auszeichnung zu werten, dass unter den 14 Vertretern aus Wirtschaft, Gewerkschaft und Berufsorganisationen der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Dieter Ondracek, zu dem Empfang im Amtssitz Schloss Bellevue gebeten wurde. Beim Begrüßungsdefilee hatte der Bundesvorsitzende kurz Gelegenheit, dem Bundespräsidenten und seiner Gattin die Grüße der DSTG zu überbrin-



Bundespräsident Rau und seine Gattin im Gespräch mit DSTG-Chef Dieter Ondracek.

und Entwicklungshilfeorganisationen, wissenschaftliche und kulturelle Spitzenorganisationen und Stiftungen, Wirtschaft, Gewerkschaften und Berufsorganisationen, Bundesbeauftragte und der Präsident der Deutschen Bundesbank, Präsidenten der obersten Gerichte und der Generalbundesanwalt, deutsche und

gen und ein paar Worte zu wechseln. Das Begrüßungsdefilee fand vor einer Pressebühne statt, auf der rund 50 Bildjournalisten Foto- und Fernsehkameras aufgebaut hatten. Vor und nach dem Defilee bestand die Möglichkeit, dass die prominenten Gäste persönliche und fachliche Gespräche untereinander führten.

Gesetze und Vollzug müssen deckungsgleich werden

Von Dr. Detlef Roland, Präsident der Bundesfinanzakademie

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung „Selbstveranlagung, ein Instrument zur Verwaltungsvereinfachung und zur Steigerung der Effizienz der Steuerverwaltung?“

Zu Beginn des Jahres 2001 beging die Bundesfinanzakademie in Brühl einen Festakt zum 50. Jubiläum. Am 4. Dezember beschloss sie das Jahr 2001 mit einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Selbstveranlagung“.

Die Bundesfinanzakademie ist als Forum zum Austausch von Informationen und Erfahrungen innerhalb der Steuerverwaltungen der Länder und zwischen der Finanzverwaltung und dem steuerfachlichen Umfeld – auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene – wie keine andere Institution aufgerufen und geeignet, das Thema Selbstveranlagung als ein Instrument zur Verwaltungsvereinfachung und zur Steigerung der Effizienz der Steuerverwaltung zur Diskussion zu stellen und der Wissenschaft hierfür als Podium zu dienen. Für die Vortrags- und Diskussionsveranstaltung gelang es unter freundlicher Mithilfe des Vorstehers des Finanzamts Brühl, Herrn Dr. Edeler, hochkarätige Vertreter der Steuerrechtswissenschaft als Referenten zu gewinnen. Als Diskussionsleiter stellte sich kein Geringerer als der Altmeister des Steuerrechts, Herr Professor Dr. Klaus Tipke, zur Verfügung. Die einleitenden Fachvorträge wurden von Herrn Professor Dr. Rolf Eckhoff von der Universität Regensburg, Herrn Professor Dr. Roman Seer von der Universität Bochum und Herrn Miguel Cremades-Schulz von der spanischen Steuerverwaltung gehalten. Daran schloss sich eine lebhafte Diskussion mit den zahlreichen Teilnehmern aus der Finanzverwaltung und dem Kreis der steuerbera-

tenden Berufe, der Wissenschaft und weiterer Institutionen, z. B. des Bundesrechnungshofs, an. In einem ausführlichen Beitrag im nächsten Heft der Zeitschrift *Steuer und Wirtschaft* werden die Vorträge und die Diskussion vom 4. Dezember 2001 von den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen am Lehrstuhl von Professor Dr. Seer, Susanne Ahrens und Sibylle Nagel behandelt.

Im Editorial der Ausgabe Dezember 2001 des DSTG-Magazins führt der Vorsitzende der DSTG, Dieter Ondracek, aus: „Die Gesetze werden einerseits immer weiter verfeinert. Andererseits werden wir getrieben, in der Praxis immer öfter die Augen zuzumachen und die Arbeit irgendwie vom Tisch zu kriegen. Diese problematische Situation ist nicht durch verbesserte EDV und auch nicht durch Organisationsänderungen aufzufangen.“ Und die FMK hat sich am 28. Juni 2001 mit einem Thesenpapier der Referatsleiter/-innen „Organisation“ der Steuerverwaltungen des Bundes und der Länder zur Steigerung der Effizienz und Effektivität des Besteuerungssystems befasst. Zu den vorgeschlagenen Lösungsansätzen gehört z. B. eine Modernisierung der Organisation der Steuerverwaltung in Richtung einer zielgruppenorientierten Verwaltung, auch durch verstärkte Einbindung von Steuerpflichtigen und Dritten in die Ablauforganisation. Weiter gehört zu den Lösungsvorschlägen die Prüfung der „Erweiterung des Steueranmeldungsverfahrens auf alle Veranlagungssteuern (Selbstveranlagung)“. Die Steuerverwaltungen der Länder befinden sich also selbst

mitte in einem Prozess von Entwicklungen, Prüfaufträgen und Überlegungen, zu denen die Veranstaltung der Bundesfinanzakademie in der Sache beitragen sollte und konnte.

Die verstärkte wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema der Selbstveranlagung als einem Verfahren, bei dem der Steuerpflichtige die relevanten steuergesetzlichen Tatbestandsmerkmale eigenständig ermittelt, die Steuerschuld selbst berechnet und die Steuer ohne besondere Aufforderung durch die Finanzverwaltung zahlt, ist Ausdruck des immer komplizierteren Steuerrechts und des zunehmenden Auseinanderklaffens von gesetzlichen Regelungen und Vollzugsrealität. Wie andere Industriestaaten, z. B. die Vereinigten Staaten, Großbritannien oder Spanien, zeigen, wird die steuerliche Selbstveranlagung im Ausland bereits seit längerem praktiziert. Was liegt also näher, als sich mit diesen Modellen und den damit gemachten Erfahrungen näher zu beschäftigen? Hier ist nicht der Ort, auf Einzelheiten der Pro und Contra der steuerlichen Selbstveranlagung einzugehen. Das ist viel ausführlicher und besser in dem angekündigten Beitrag in der Zeitschrift *Steuer und Wirtschaft* dargestellt und nachzulesen. Es soll hier nur ein Fazit der Vortrags- und Diskussionsveranstaltung in der Bundesfinanzakademie in Brühl gezogen werden:

- Gesetzesauftrag und Gesetzesvollzug klaffen auseinander, die Gleichmäßigkeit der Steuerrechtsanwendung ist in Frage gestellt;

- in der Realität des Gesetzesvollzugs gibt es bereits eine Fülle von Elementen, die dem System der Selbstveranlagung eigen sind;
- das Instrument der Selbstveranlagung setzt ein möglichst einfaches Steuerrecht voraus, dessen Realisierung allerdings mit großer Skepsis zu betrachten ist. So sind in Spanien Steuerpflichtige mit Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit unter 20.000 € von der Pflicht zur Abgabe einer Steuererklärung (mit Wahlrecht) befreit und die Abzugsmöglichkeit von Aufwendungen durch Pauschalierungen und Typisierungen drastisch beschränkt;
- der Übergang von dem derzeit bei den Ertragsteuern in Deutschland praktizierten Veranlagungsverfahren zum Instrument der Selbstveranlagung ist schwerer zu bewältigen als eine Praxis der Selbstveranlagung von Anfang an (wie z. B. in Spanien);
- die Selbstveranlagung bringt mehr Effizienz und Effektivität im Gesetzesvollzug verstärkte Kontrollaktivitäten und Strafmöglichkeiten für die Finanzverwaltung, für den Steuerpflichtigen dagegen mehr Verantwortung und wenig Vorteile, solange das Serviceangebot durch die Finanzverwaltung und Dritte nicht deutlich ausgeweitet und verbessert würde.

Ein pragmatischer Ansatz, die Elemente einer Selbstveranlagung in der Praxis mit der Unterstützung des Gesetzgebers zu verstärken, könnte ein geeigneter und schnell zu beschreitender Weg zu einem Mehr an steuerlicher Gleichbehandlung und damit Steuergerechtigkeit sein. Ermutigend ist die Zusage der Professoren Eckhoff und Seer, die Impulse der Vortrags- und Diskussionsveranstaltung in der Bundesfinanzakademie für eine weitere Beschäftigung mit dem System der Selbstveranlagung als einem möglichen Reformmodell aufzugreifen und fortzuführen.

„Tarifhase“ Becker feiert 80. Geburtstag

Am 17. Januar 2002 vollendete Karl-Hermann Becker aus Wuppertal im Kreise seiner Familie und Freunde sein 80. Lebensjahr.

Nach mehr als 30-jähriger engagierter Personalratstätigkeit schied er im Februar 1986 aus der Finanzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen aus. Bis zu diesem Zeitpunkt war er seit 1967 ununterbrochen stellvertretender Vorsitzender und Sprecher der Angestelltengruppe im Bezirkspersonalrat bei der Oberfinanzdirektion Düsseldorf. Sein Aufgabenziel war es stets, einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen der Verwaltung und der Verwaltungsangestellten zu erreichen.

Nach Öffnung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft für den Tarifbereich im Jahre 1970 gehörte Becker zu den ersten Verwaltungsangestellten, die

stand der GGvÖD im DBB. Der Tarifvertrag „Abschnitt J“ der Vergütungsordnung des BAT, der für die Steuerverwaltungen gilt und erhebliche Verbesserungen für die Verwaltungsangestellten gebracht hat, konnte unter seiner kompetenten Mitarbeit 1979 abgeschlossen werden.

Neben seinem Einsatz für die Gewerkschafts- und Personalratsarbeit ist Karl-Hermann Becker im gesundheitspolitischen Bereich bis zum heutigen Tag stark engagiert. Seit Jahrzehnten ist er Versichertenvertreter bei der Barmer Ersatzkasse. In dieser Eigenschaft vertritt er die Interessen der Mitglieder gegenüber der Ersatzkasse. Für seinen ehrenamtlichen Einsatz wurde ihm das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Zu den Gratulanten, die Karl-Hermann Becker und seiner

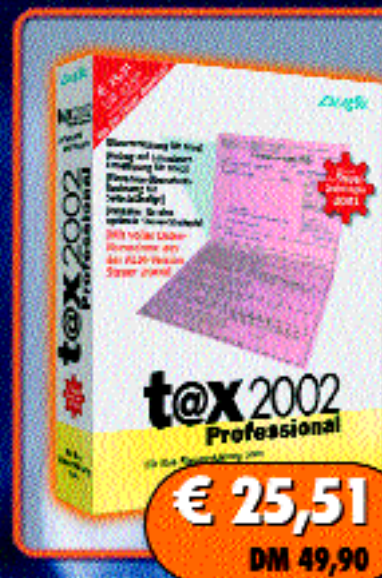


Von links: Werner Hagedorn, der Jubilar Karl-Hermann Becker, Werner Siggelkow und Hans-Werner Kaldenhoff.

der Deutschen Steuer-Gewerkschaft beitraten. 1974 wurde er als Beisitzer in den Vorstand des Bezirksverbandes Düsseldorf gewählt. Von 1977 bis zu seinem Ausscheiden war er stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes. In dieser Zeit war er auch stellvertretender Vorsitzender der DSTG-Tarifkommission und im Vor-

Frau noch viele gemeinsame Lebensjahre und eine stabile Gesundheit wünschten, zählten u. a. der DBB-Ehrevorsitzende Werner Hagedorn, der Vorsitzende des DSTG-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Werner Siggelkow, und der Vorsitzende des Bezirksverbandes Düsseldorf, Hans-Werner Kaldenhoff.

BUHL Steuerspar- Modelle



t@x 2002 das Steuerprogramm für Leute, die schnell „zur Sache“ kommen wollen

- Steuererklärung für 2001 komplett mit Steuerberechnung, Fahrtenbuch, Plausibilitätskontrolle, Steuertipps, anerkanntem Ausdruck und elektronischer Steuererklärung
- Einnahme-Überschuss-Rechnung mit Gewerbe- und Umsatzsteuererklärung sowie -voranmeldung
- Steuerplaner zur optimalen Steuergestaltung und Antrag auf Lohnsteuerermäßigung



Steuer Manager
Das Premium-Programm
Inklusive elektronischem Haushaltsbuch

Für Arbeitnehmer, Selbständige, Freiberufler, Eigenheimbesitzer, Vermieter, Kapitalanleger und Rentner

Jetzt bestellen:

Tel: [0180] 5 35 45 51*
Fax: [0180] 5 35 45 53*
Internet: www.buhl.de

*0,12 €/Min.

BUHL

Buhl Data Service
Am Siebertsweiher 3/5
57290 Neunkirchen

Ortsverbände nutzen die Präsenz der DSTG in Berlin zur Information



Volles Programm hatten die Kolleginnen und Kollegen aus Wernigerode, begleitet vom DSTG-Landesverbandsvorsitzenden Sachsen-Anhalt, Günther Martini, bei ihrer Tagestour nach Berlin. Den Auftakt bildete ein Informationsgespräch über aktuelle Steuer- und berufspolitische Entwicklungen in der Bundesgeschäftsstelle. Daran schloß sich eine Diskussionsveranstaltung mit dem DSTG-Bundesvorstandsmitglied, Heidemarie Ehler, MdB im Reichstag an. Nach einem Bericht über die Arbeit und Arbeitsbelastung eines Mandatsträgers war jeder der Teilnehmer überzeugt, dass die Gehälter der Bundestagsabgeordneten alles andere als schnell verdientes Geld sind.

Anschließend konnte der Plenarsaal besichtigt werden, wobei nach einem historischen Rückblick die Funktionsweise des Parlaments erläutert wurde.

Nach einem gemeinsamen Weihnachtsmarktbummel trat der Ortsverband Wernigerode dann sichtlich beeindruckt die Heimreise an.

Die neue DSTG-Bundesgeschäftsstelle in Berlin bietet nicht nur die räumlichen Voraussetzungen für die Sitzungen größerer Gremien, sondern auch die Möglichkeit, aus erster Hand Informationen über aktuelle Gesetzgebungsvorhaben zu erhalten.

Sozusagen bei einem „Heimspiel“ wurde der Vorstand des DSTG-Landesverbandes Berlin von Bundesgeschäftsführer Rafael Zender über die aktuelle Steuer- und Dienstrechtspolitik informiert.



Auch der Ortsverband Goslar nutzte den Besuch in der DSTG-Bundesgeschäftsstelle zu einem ausgiebigen Meinungs- und Informationsaustausch mit DSTG-Chef Dieter Ondracek, dem stellvertretenden DSTG-Vorsitzenden Helmut Overbeck und Bundesgeschäftsführer Rafael Zender.

Beamtendarlehen
Festzins ab 3,45% (Ges. Laufzeit)

Für alle Beamten a.L. über
Lebensversicherung von
5.000,- € bis 100.000,- €.
Auszahlung ab 100%
Zins fest für gesamte Laufzeit:
12-20 Jahre:
effekt. Jahreszins ab 6,52%

Bsp.: 20 Jähr. Beamter a.L. Leuth. 20 J.
Zins 0,25%, 94%, Anz. 125 0,01%
€ 20.000,- inkl. Zins + LV € 178,48
€ 90.000,- inkl. Zins + LV € 199,60

• Verwendung des Überschuss- und
Gewinnanteils auch zur
Laufzeitverkürzung möglich.

Sonderrecht zum Ausgleich Ihres
Direktzins bis € 75.000,-
inkl. € 119,98, Laufzeit: 120 Monate
effektiver Jahreszins: 6,09%

• Sonderkonditionen auch an
Arbeiter u. Angestellte des ö. D.
• günstige Hypothekendarlehen
Persönliches Angebot und Hotline
☎ 044 98/93 82-0

Schirmer & Partner
OHG Darlehensverwaltung
27760 Hude · Lagerweg 2
Fax 044 98/93 15

WWW.SCHIRMERPARTNER.DE

UFE mit mehr Mitgliedern und höherer Schlagkraft

Die Union des Finanzpersonals in Europa, der Zusammenschluss von 40 nationalen Finanzgewerkschaften des Zoll- und Steuerbereichs, aus 16 europäischen Staaten mit mehr als 350 000 Mitgliedern, verzeichnet erfreulicherweise Mitgliederzuwächse. Zuletzt hat am 12. November 2001 der Föderationsausschuss der Föderation der Berufsgewerkschaft des Zolldienstes in Polen mit mehr als 7 500 Mitgliedern einen Antrag auf Mitgliedschaft in der UFE gestellt. Auch weitere Organisationen aus Anwärterstaaten auf eine EU-Mitgliedschaft, wie die Association of Trade Unions of Estonian Customs Officials aus Estland haben ihren Bei-

trittswillen bereits bekundet. Die UFE bezweckt, die rechtlichen, wirtschaftlichen und beruflichen Interessen des Finanzpersonals wahrzunehmen und dazu insbesondere

- die nationalen Gewerkschaften in Europa bei voller Wahrung ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Selbstständigkeit zusammenzufassen;
- den ständigen Meinungs- und Erfahrungsaustausch ihrer Arbeit zu befruchten und dabei u. a. zu unterstützen;
- die gemeinsamen Anliegen des europäischen Finanzpersonals, besonders bei den überstaatlichen europäi-



Pressekonferenz in Torun anlässlich des Beitritts der Föderation ZZSC RP zur UFE. Von links nach rechts: Anna Krzeminska (PL), Barbara Görke (PL), Rafael Zender (UFE-Generalsekretär) (D), Andreas Meyer (Bundesgeschäftsführer BDZ) (D), Dieter Ondracek (UFE-Präsident) (D), Franciszek Krason (Präsident ZZUSC RP) (PL), Klaus-Hilger Leprich (Vorsitzender BDZ) (D), Liliana Bialach (Vorstand ZZSC RP) (PL).

schen Institutionen, bei den Regierungen und Parlamenten der einzelnen europäi-

schen Staaten sowie bei den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu vertreten.



...find ich einfach Suppe!



Leckere Soßen rein pflanzlich

Das macht Laune. Ohne Risiko schlemmen

Angebot für alle, die GEFRO noch nicht kennen.

Probieren Sie GRATIS



Ohne tierische Bestandteile

Als klare Brühe oder für alle Einlagen wie z. B. Nudeln, Flädle oder Knödel.



Ihre eigenen Soßen-Kreationen finden mit GEFRO Helle Soße den richtigen „Halt“. Ideal zu allen Nudelgerichten.

GEFRO Suppen, Soßen und Würzen bereichern Ihre Küche. Diesen Pfiff in Ihren Gerichten hätten Sie nicht erwartet. Und das Beste:

- Frei von Fleischextrakten
- Rein pflanzlich mit wertvoller Lactose
- Cholesterinfrei

Schicken Sie bitte diesen Gutschein an GEFRO



Gutschein



für 2 Originaldosen GEFRO Suppe & Soße

Vorname _____ Straße/Haus-Nr. _____

Name _____ PLZ/Ort _____

GEFRO GEFRO Reformversand Frommlet OHG
Postfach 13 17, 87683 Memmingen / Allgäu
Tel.: 0 83 31/95 95 0 · Fax: 0 83 31/95 95 17
Im Internet: www.GEFRO.de

2-554 Nur freigelegte Rücksendungen werden bedient. Bitte Postkarte € 0,51,-, Brief € 0,56

DSTG überzeugt bei Personalratswahl an der Saar

Mit einem überwältigenden Ergebnis hat die DSTG Saar die Personalratswahlen gemeistert. Mit einer Wahlbeteiligung von landesweit durchschnittlich 78 % haben die Kolleginnen und Kollegen dokumentiert, dass die Personalratsarbeit ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil ihres Arbeitslebens ist.

Die DSTG wird in dem neuen Hauptpersonalrat mit 8 von 9 Sitzen und Hauptpersonalrat Landesämter mit 6 von 7 Sitzen vertreten sein. Der Landesvorsitzende Matthias Bittner zeigte sich darüber hinaus sehr erfreut, dass nach jetzigem Stand voraussichtlich alle örtlichen Personalräte durch die Steuer-Gewerkschaft geführt werden können. Es sei ein großartiger Vertrauensbeweis und gleichzeitig auch Ansporn für die DSTG, weiterhin kompetent und engagiert die Interessen der Kolleginnen und Kollegen zu vertreten. Durch diesen großartigen Wahlerfolg hat die DSTG nun den erforderli-

chen Rückenwind, der zur Lösung der anstehenden Probleme auch dringend notwendig ist.

Zeit zum Durchatmen wird es jedoch nicht geben, denn Themen wie Haushaltsnotlage, Steuermindereinnahmen, ständig wachsende Personalnot, zunehmende Arbeitsüberlastung, Verwaltungsstrukturreform, Mitarbeiterbefragung, Mitarbeitergespräche, Krankenrückkehrgespräch, „Hannoverstatistik“, immer neue Arbeitsverfahren – nur um einige zu nennen – werden weiterhin vollen Einsatz erfordern.

Die Ergebnisse im Einzelnen:

| | Beamte | | Angestellte | |
|-------------------------------|------------|------------|-------------|-----------|
| | DSTG | Verdi | DSTG | Verdi |
| St. Wendel | 47 | 20 | 19 | 8 |
| Sbr. Am Stadtgraben | 138 | 37 | 23 | 24 |
| Sbr. Mainzer Str. | 61 | 11 | 18 | 2 |
| Homburg | 58 | 8 | 14 | 9 |
| St. Ingbert | 40 | 8 | 14 | 0 |
| Sulzbach | 42 | 7 | 10 | 2 |
| Merzig | 55 | 14 | 20 | 7 |
| Völklingen | 60 | 4 | 12 | 1 |
| Neunkirchen | 131 | 10 | 24 | 3 |
| Saarlouis | 136 | 36 | 24 | 18 |
| Briefwahl (beim Wahlvorstand) | 14 | 1 | – | – |
| Summe | 782 | 156 | 178 | 74 |

Hans Merkel †



Hans Merkel, der Gründungsvater der Deutschen Finanzsporthilfe e. V., ist am 10. Januar 2002 im Alter von 84 Jahren in Konz bei Trier gestorben.

Hans Merkel, der im Jahre 1960 das erste Rheinland-Pfalz-Turnier aus der Taufe gehoben hat und der am 3. Mai 1975 Vorsitzender der von ihm im Jahre 1974 gegründeten Finanzsportgemeinschaft Rheinland-Pfalz wurde, organisierte am 10. und 11. September 1976 in Trier das 1. Deutsche Turnier der Finanzämter und leitete die Gründungssit-

zung der Deutschen Finanzporthilfe (DFSH), deren Geschäftsführer er von 1976 bis 1988 war. Die Mitgliederversammlung wählte ihn danach zum Ehrenmitglied der DFSH.

Der DFSH-Ehrenvorsitzende, Dr. Eberhart Schweigert, würdigte das Wirken von Hans Merkel für den Finanzsport in der im Jahre 2000 erschienen Jubiläumsschrift zum 25-jährigen Bestehen der Deutschen Finanzsporthilfe: „Hans Merkel – die ungeheuren Widrigkeiten, die sich ihm bei der Organisation des bundesweit ersten Deutschen Turniers der Finanzämter entgegenstellten, sind 25 Jahre später nicht nachvollziehbar. Hans Merkel hatte keinen PC und nicht einmal ein Fotokopiergerät; Hans Merkel tippte mühsam jeden Brief – mit der erforderlichen Anzahl von Durchschlägen – persönlich auf der eigenen klapprigen Schreibmaschine; Hans Merkel führte jedes Telefonat von seinem persönlichen Anschluss; Hans Merkel trug das höchstpersönliche Risiko für die gesamte Finanzierung des 1. Deutschen Turniers – ohne Bürgschaft der DSTG und ohne die Möglichkeit des Rückgriffs auf einen „Finanzsportgroschen“. ... Hans Merkel und seine FSG sowie die hochrangigen Vertreter aus den DSTG-Verbänden, unter ihnen der damalige Bundesvorsitzende Hermann Fredersdorf, haben 1976 in Trier begonnen, unsere Geschichte zu schreiben – ohne Hans Merkel und die DSTG-Repräsentanz gäbe es keine Deutsche Finanzsporthilfe und kein 25. Deutschlandturnier der Finanzämter!“

An der Trauerfeier in Mannheim nahmen für die DFSH stellvertretende Geschäftsführer Paul Hujer sowie der Vorsitzende des Spelausschusses Gerd Ultes und für die DSTG der Vorsitzende des Landesverbandes Rheinland-Pfalz Detlev Stoltz teil.

Dem Hauptpersonalrat Finanzämter gehören damit an: Matthias Bittner (FA Völklingen), Joachim Annweiler (FA Neunkirchen), Günter Gerstner (FA Saarlouis), Manfred Schäfer (FA Stadtgraben), Ruth Martin (FA St. Ingbert), Wolfgang Schnei-

der (FA St. Wendel) als Beamtvertreter. Für die Angestelltengruppe wurden Hiltrud Bethscheider (FA Mainzer Str.) und Martin Später (FA Neunkirchen), neben dem Arbeitvertreter Mark Mathieu (FA Völklingen) gewählt.

Nach Gesetzgebungsrekord wächst der Arbeitsdruck

Auf Einladung des DSTG-Ortsverbandes Dortmund-Hörde besuchte der Bundesvorsitzende Dieter Ondracek die Jahreshauptversammlung. Die Ortsvorsitzende Gisela Sielemann konnte sich über ein „volles Haus“ freuen. Der Bundesvorsitzende berichtete den Kolleginnen und Kollegen über die kürzlich beschlossenen Verschlechterungen bei der Versorgung und setzte sich mit den Begründungen der Politiker für eine Verschlechterung der Versorgung auseinander. Anhand der Ausgangslage und dem jetzt beschlossenen Gesetz verdeutlichte Ondracek, dass durch harten gewerkschaftlichen Einsatz „Schlimmeres“ verhindert werden konnte. Dennoch bleibt ein Ärgernis, dass eine gesetzlich zugesagte Versorgung rückwirkend geändert wird. Ob und inwieweit ein solch rückwirkender Eingriff in die Beamtenversorgung legitim ist, müssen nun abschließend wohl Gerichte klären. Der Bundesvorsitzende erläuterte auch das noch in der parlamentarischen Beratung steckende Besoldungsstrukturgesetz. Auch diese Regelung schlage für die Steuerbeamten nicht positiv zu Buche. Beim genauen Hinsehen entpuppe sich auch dieses Gesetz wieder als einseitiges Spargesetz, das von der DSTG deshalb abgelehnt werden müsse.

Neue Rekorde habe der Bundesgesetzgeber in dieser Legislaturperiode aufgestellt, berichtete Ondracek. Bisher seien 32 steuerliche Änderungsgesetze von Bundestag und Bundesrat verabschiedet worden. Dies mache deutlich, dass das politische Gerede von Vereinfachung und Arbeiterleichterung für die Finanzämter nur leere Floskeln seien. Selbst wenn die DSTG vielfach Schlimmeres verhindern konnte, bleibe die ernüch-

ternde Feststellung, dass unter dem Strich gesehen in den vergangenen drei Jahren die Finanzverwaltung arbeitsmäßig deutlich mehr belastet wurde. Die Finanzminister der Länder, die im Bundesrat mehrheitlich zugestimmt haben, ziehen aber nicht die notwendigen Konsequenzen, die schlicht mehr Personal bedeuten würden. Im Gegenteil: Sie wollen bei ihrer Verwaltung immer noch sparen. Dies habe zu einer untragbaren Situation in den Finanzämtern geführt. Weitgehend könnten die Steuererklärungen nur noch ungeprüft übernommen werden. Geschulte Sachbearbeiter würden erkennen, dass noch nachgefragt und aufgeklärt werden müsste, wofür aber keine Zeit bliebe. Auch wenn diese Veranlagungspraxis „von oben“ so gewollt sei, befriedige sie nicht, sondern frustriere die Kolleginnen und Kol-

legen. Deswegen laute der Rat der DSTG an ihre Mitglieder: Denkt an Eure Gesundheit! Wenn die politisch Verantwortlichen anstelle einer Bearbeitung eine Erledigung wünschen, dann müssten die Kolleginnen und Kollegen eben bloß erledigen. Auch wenn dabei viel Geld verloren gehe. Diese Mindereinnahmen haben die politisch verantwortlichen Finanzminister zu vertreten. Gleichwohl denke die DSTG intensiv darüber nach, wie den Kolleginnen und Kollegen am Wirksamsten geholfen werden könne. Dies gehe in dieser Situation nur mit einer gewichteten Arbeitsweise, bei der maschinengesteuert den Bearbeitern die zu bearbeitenden Fälle auf den Tisch gesteuert werden und die nach Risikoanalyse nicht „bearbeitenswert“ Fälle automatisch veranlagt werden. Dies erfordere aber wiederum erhöhten Programmierbedarf.

Der Besuch in Dortmund war begleitet von einer Reihe von Interviews zu der Fernsehserie „Semmeling“, in der Steuerbeamte erschreckend schief gezeichnet wurden. Ondracek

stellte der Presse gegenüber klar, dass solche Typen von Sachbearbeiterinnen wie sie im Film dargestellt würden, nirgendwo in einem Finanzamt anzutreffen seien. Im Zusammenhang mit dem Besuch beim Finanzamt Dortmund-Hörde lud der Bezirksverband Westfalen in die Geschäftsstelle zu einer Pressekonferenz ein. Auch dort konnte der Bundesvorsitzende den Pressevertretern die Probleme erläutern. Die örtlichen Zahlen und Fakten erläuterten der stellvertretende Bezirksvorsitzende Uwe Waßmann und die Ortsvorsitzende Gisela Sielemann. Im Anschluss traf der Bundesvorsitzende mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Spielbankenaufsicht in der Spielbank Hohensyburg zusammen. Dort wurden die speziellen Probleme der dort tätigen Beschäftigten besprochen und die Spielbank im Rahmen einer Führung vorgestellt. Die Spielbank Hohensyburg ist die größte Spielbank Deutschlands und die zweitgrößte in Europa. Rund 1,5 Mio. Besucher versuchen dort ihr Glück und zahlen ganz freiwillig die auf ihren Spieleinsätzen lastenden hohen Steuern.

Das Katholische Kirchensteueramt Würzburg sucht zum frühest möglichen Eintritt eine/n

Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter

Wir sind im Gebiet der Diözese Würzburg für die Festsetzung und Erhebung der Kirchen-einkommensteuer zuständig.

Ihre Qualifikation: Praktische Erfahrungen im Steuerrecht
Gute Kenntnisse in der Abgabenordnung, vor allem Rechtsmittelbearbeitung
Fundierte PC-Kenntnisse (Word, Windows NT)

Ihr Profil: Eigeninitiative und Organisationsgeschick
Hohes Maß an Engagement und Belastbarkeit
Teamfähigkeit
Gutes Ausdrucksvermögen in Wort und Schrift

Unser Angebot: Leistungsgerechte Vergütung nach ABD (BAT ähnlich)
Vielfältige Entwicklungsmöglichkeit
Gleitende Arbeitszeit

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Wenn Sie sich angesprochen fühlen und sich mit dem Dienst in der katholischen Kirche identifizieren können, dann freuen wir uns, Sie kennen zu lernen.

Bitte senden Sie Ihre schriftliche Bewerbung mit den üblichen Unterlagen an das Katholische Kirchensteueramt Würzburg, zu Händen Herrn Oskar Hehn, Plattnerstr. 14, 97070 Würzburg